Newsletter der CDU-Gemeinderatsfraktion Bad Schönborn

Bericht aus der Gemeinderatssitzung 10-26 vom 17.11.2026

Liebe Leserinnen und Leser,

weniger Staat, weniger Regeln – dafür mehr Digitalisierung und mehr Kostenbewusstsein. Diese Linie verfolgte die CDU-Fraktion in der vorletzten Gemeinderatssitzung des Jahres. Ob Ladesäulen, Carsharing oder Igelschutz: Nicht alles muss der Staat im Detail regeln oder selbst anbieten. Oft ist die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger die bessere und sind private Anbieter die wirtschaftlichere Lösung. Gleichzeitig zeigt der Haushaltsentwurf 2027, dass es weiterhin finanziell eng bleibt: Die Einnahmen sinken, die Ausgaben steigen. Bis Jahresende hat Bürgermeister Huge verstärktes Ausgaben-Monitoring verhängt. Umso wichtiger ist, dass Ausgaben mit Augenmaß und zielgerichtet erfolgen – und dass die Verwaltung die Chancen der Digitalisierung konsequent nutzt.

Das Wichtigste in Kürze

- **Haushalt 2027:** Der erste Entwurf der Verwaltung weist ein strukturelles Defizit von rund 3,9 Millionen Euro aus. Welche der rund 55 Millionen Euro an Investitionen bis 2031 Vorrang haben, entscheidet sich nun in den kommenden Haushaltsberatungen.
- **Weniger Staat, mehr Eigenverantwortung:** Kein neues Gemeindefahrzeug für das Carsharing, keine Polizeiverordnung gegen Mähroboter – stattdessen private Anbieter und die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger.
- **Thermarium und Kurbetrieb:** Das Thermarium schloss 2025 mit 857.000 Euro Verlust ab, die Gemeinde verzichtet weiter auf Darlehenszinsen. Für die Verlegung des Wellmobilparks leistet die Gemeinde weitere 55.000 Euro außerplanmäßigen Investitionszuschuss.

1 Vertrauen statt Vorschriften

Worum geht es? Vier Themen dieser Sitzung hatten eine gemeinsame Frage: Muss die Gemeinde alles im Detail regeln oder selbst anbieten? Unsere Antwort: Nein. Wo private Anbieter und die Vernunft der Menschen ausreichen, braucht es keine neuen Vorschriften und keine Gemeindeinvestitionen.

Wald: Betreten auf eigene Gefahr. Seit Dezember 2025 gilt im Wald wieder: Betreten auf eigene Gefahr. Auf Initiative der CDU wurde im Land die Verkehrssicherungspflicht im Wald gelockert. Viele Bänke waren wegen der vorherigen Verkehrssicherungspflicht bereits abgebaut worden. Einige wurden nun auf private Initiative wieder aufgestellt. Die Lockerung der Verkehrssicherungspflicht entlastet auch den Waldhaushalt – die Gemeinkosten sinken von 17.000 auf 6.500 Euro.

Revierleiterin Anette Brand und Isabelle Obert vom Forstamt stellten den Waldwirtschaftsplan 2027 vor. Der Hitzesommer 2026 hat auch im Gemeindewald Spuren hinterlassen. Buche, Douglasie und Kiefer leiden unter Trockenstress. 2026 wurden 1.205 statt der geplanten 975 Festmeter eingeschlagen. Ein Hieb aus 2027 wurde vorgezogen. Auch hier handelt es sich vor allem um die Beseitigung von Schäden. Für 2027 sind daher nur 150 Festmeter geplant, dafür mehr Pflege junger Bestände. Der Waldhaushalt schließt mit

einem geplanten Defizit von rund 30.000 Euro. Ein Förderantrag könnte rund 20.000 Euro Entlastung bringen. Der Gemeinderat stimmte dem Waldwirtschaftsplan zu (einstimmig, 21 Ja-Stimmen).

Ladeinfrastruktur: Wettbewerb statt Gemeindeprojekt. Die SPD hatte im Herbst 2025 beantragt, die Gemeinde möge den Ersatz der abgebauten Schnellladesäule am Ortsausgang Mingolsheim-Nord erwirken. Die EnBW hatte ihre störanfällige Ladesäule rückgebaut und wird dort nicht neu investieren. Die Bürgerenergiegenossenschaft Kraichgau ist nun an einer Zusammenarbeit mit der Gemeinde interessiert. Geprüft werden nun unter anderem Standorte am Ärztehaus, an der Aussegnungshalle Mingolsheim, in der Pestalozzistraße, an der Schönbornhalle und an der neuen Kita St. Maria.

> **Unsere Position:** Jochen Fellhauer stellte für die CDU-Fraktion klar: Ladeinfrastruktur ist inzwischen für einen Tourismusstandort ein Muss. Wir unterstützen ausdrücklich, wenn private Unternehmen zusätzlich zu den rund 18 vorhandenen Ladepunkten im Ort attraktive Angebote schaffen. Schnelllader gibt es im Umkreis von etwa drei Kilometern, in der Gemeinde selbst allerdings keinen. Unternehmerische Entscheidungen müssen wir respektieren. Wettbewerb tut gut – private Anbieter machen oft die besseren Angebote. An der ZEO-Ladesäule (Stadtwerke Bretten) in der Klammenstraße war die Kilowattstunde diese Woche doppelt so teuer wie an der Aldi-Ladesäule.

Carsharing: kein neues Gemeindefahrzeug. Zum zweiten Mal stand der Ersatz des ZEO-Carsharing-Fahrzeugs am Bahnhof Mingolsheim auf der Tagesordnung, das im Juni einen Totalschaden erlitten hatte. Die Verwaltung begründete die erneute Vorlage damit, dass die Gemeinde dem Betreiber bis Ende 2028 vertraglich sieben Fahrzeuge zugesagt hat und sonst Schadensersatz droht. Vorgeschlagen war wieder ein KIA EV2, zum Kauf (24.260 Euro) oder im Leasing (366,39 Euro im Monat über 36 Monate). Der Gemeinderat lehnte die Neubeschaffung erneut ab (8 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen).

> **Unsere Position:** Die Argumentation der Verwaltung war anhand der Unterlagen nicht nachvollziehbar, und die wirtschaftlichen Alternativen waren nicht ausgearbeitet. So wäre der vorgeschlagene Leasingvertrag ein Jahr länger gelaufen als der Vertrag mit dem Carsharing-Anbieter. Deshalb konnte auch die Mehrheit der CDU-Fraktion dem Vorschlag in dieser Form nicht zustimmen. Jochen Fellhauer regte für die CDU an, die Leasinglaufzeit an die Vertragslaufzeit des Carsharing-Modells anzugleichen.

Wie geht es weiter? Eines der anderen sechs ZEO-Fahrzeuge soll nun am Bahnhof stationiert werden. Entfallen soll dafür die bisher am wenigsten genutzte Station. Die Suche nach privatwirtschaftlichen Alternativen für das Carsharing soll intensiviert werden.

Igel: Aufklärung statt Verordnung. Die Grüne Liste wollte per Polizeiverordnung festlegen, dass Mähroboter nachts nicht laufen dürfen, um Igel und andere nachtaktive Kleintiere zu schützen. Der Gemeinderat folgte dem Vorschlag der Verwaltung und lehnte den Antrag ab (14 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen). Statt eines Verbots soll die Bevölkerung informiert und für das Thema sensibilisiert werden.

> **Unsere Position:** Der Schutz der Igel ist das richtige Thema, aber politisch falsch angegangen. Wir brauchen nicht für alles ein Gesetz und eine polizeiliche Regel. Wir dürfen den Menschen vertrauen und auf ihre Vernunft setzen. Das unterscheidet die CDU von den Grünen – nicht nur im Land, sondern auch hier vor Ort.

2 Digitalisierung

Worum geht es? Herr Fromm, neuer Mitarbeiter im Hauptamt, berichtete für die Verwaltung über den Stand der Digitalisierung im Rathaus. Posteingang und Rechnungseingang laufen inzwischen digital, seit

September wurden rund 800 Rechnungen digital bearbeitet. Bürgermeister Huge stellte die direkte positive Wirkung auf die Verschlankung und Beschleunigung der Abläufe im Rathaus heraus.

Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz sanken von 198 auf 167 Euro im Monat, unter anderem weil Systeme zusammengeführt und Drucker abgebaut wurden. Gleichzeitig steigen die Kosten für Software und Lizenzen aber deutlich: Allein beim kommunalen IT-Dienstleister Komm.ONE steigen diese von rund 16.300 auf 19.100 Euro im Monat. Schwerpunkte der nächsten Jahre sind die Cybersicherheit (Schulungen mit der Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg), eine einheitliche EDV-Ausrichtung an den Schulen (Digitalpakt 2 bis 2030) und der gezielte Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

> **Unsere Position:** Jochen Fellhauer begrüßte für die CDU, dass die Digitalisierung strukturiert und in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen angegangen wird. Digitalisierung ist und bleibt eine Kernaufgabe der nächsten Jahre. Budget und Ressourcen müssen dafür vorgehalten werden. Das größte Potenzial sehen wir beim zielgerichteten Einsatz Künstlicher Intelligenz, zum Beispiel bei der Recherche von Fördermöglichkeiten bis hin zur Antragstellung. Eine digitale Verwaltung ist auch eine schlankere und günstigere Verwaltung.

3 Jeder Euro zählt

Worum geht es? Haushaltsentwurf, Jahresabschlüsse von Gemeindegesellschaften, ein außerplanmäßiger Zuschuss und eine Nachfrage zu Spielgeräten: Mehrere Punkte dieser Sitzung drehten sich um die Finanzen. Die Haushaltslage verlangt mehr denn je, dass jede Ausgabe gut begründet ist.

Haushalt 2027: Defizit wächst. Bürgermeister Huge und Kämmerer Herr Trinter brachten den Haushaltsentwurf 2027 ein. Er weist ein strukturelles Defizit von rund 3,9 Millionen Euro aus – rund 1,5 Millionen Euro mehr als bisher geplant. Die geplanten Einnahmen gehen um rund 0,2 Millionen Euro zurück, die Ausgaben steigen deutlich: Personal (+0,3 Millionen Euro), Dienstleistungen (+0,5 Millionen Euro) und Transferleistungen (+0,4 Millionen Euro). Bis Jahresende müssen alle Auszahlungen über 2.000 Euro gesondert freigegeben werden.

Finanzierung der Kinderbetreuung: Die Schere geht auseinander. Wie weit die Schere seit Jahren auseinandergeht, verdeutlichte Bürgermeister Huge an der Kinderbetreuung: Die Kosten der Kindergärten haben sich von 2018 bis 2027 von rund 4,3 auf 8,3 Millionen Euro fast verdoppelt. Die Eltern hier vor Ort tragen davon laut Bürgermeister Huge nur 15 bis 18 Prozent. Gleichzeitig sinkt der Anteil, den das Land über den Finanzausgleich übernimmt: 2021 deckte er noch 47 Prozent der Kosten, 2027 sind es nur noch 26 Prozent. Die Lücke trägt der Gemeindehaushalt.

Investitionen: rund 55 Millionen Euro bis 2031 sind eingeplant. Rund 55 Millionen Euro plant die Verwaltung für Investitionen bis 2031. Welche Projekte damit verwirklicht werden und in welcher Reihenfolge, ist ein Hauptgegenstand der anstehenden Haushaltsberatungen.

> **Unsere Position:** Wir werden kritisch prüfen, wo im Entwurf mit Puffer geplant wurde. Wichtig ist, mit der Priorisierung der Projekte klare Leitlinien für die Weiterentwicklung unseres Ortes festzulegen und die richtigen Akzente zu setzen.

Wie geht es weiter? Der vorläufige Zeitplan ist ambitioniert: Der Verwaltungsausschuss berät am 3. Dezember zunächst über die Prioritäten im Investitionsprogramm. Am 8. Dezember soll der Gemeinderat dann über die Haushaltsanträge der Fraktionen und die Gebührensatzungen entscheiden, am 26. Januar 2027 soll der Haushalt dann verabschiedet werden.

Thermarium und Kurbetrieb: Jahresabschlüsse 2025. Die Kurbetriebs GmbH schloss 2025 mit einem Überschuss von 71.000 Euro ab, das Thermarium mit einem Verlust von 857.000 Euro – rund 230.000 Euro mehr als im Vorjahr. Beide Abschlüsse wurden ohne Beanstandungen geprüft. Wie seit 2020 verzichten die Gesellschafter auch für 2026 auf die Verzinsung ihrer Gesellschafterdarlehen an das Thermarium. Frühestens ab 2031 ist wieder eine Verzinsung zu erwarten. Den Ausgleich trägt der Gemeindehaushalt über einen Zuschuss an die Kurbetriebs GmbH. Der Gemeinderat erteilte die Weisungen für die Gesellschafterversammlungen (Kurbetrieb einstimmig, 21 Ja-Stimmen; Thermarium 20 Ja-Stimmen, ein Ratsmitglied befangen).

Wellmobilpark: 55.000 Euro außerplanmäßig. Die Verlegung des Wohnmobilstellplatzes, Voraussetzung für das geplante Thermenhotel, ist teurer geworden. Der Gemeinderat bewilligte der Kurbetriebs GmbH einen außerplanmäßigen Investitionskostenzuschuss von 55.000 Euro (20 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung). Bernhard Steltz hatte in der Sitzung auf einen Fehler in der Vorlage hingewiesen: Sie wies zunächst nur 50.000 Euro aus, beantragt waren aber 55.000 Euro.

> **Unsere Position:** Die CDU-Fraktion trägt die Neuausrichtung des Thermariums mit. Die Verlegung des Wellmobilparks ist Grundvoraussetzung für ein mögliches Hotel. Aber: Je mehr die Gemeinde finanziell verpflichtet ist, desto klarer müssen inhaltliche Ziele und wirtschaftliche Planung sein. Als CDU-Fraktion fordern wir weiter, mögliche Zukunftsszenarien nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ zu planen. Sich rein auf ein Szenario zu verlassen, erscheint uns zu riskant.

Strom: Preis bis 2030 gesichert. Die Strombeschaffung für Rathäuser, Schulen, Hallen und Straßenbeleuchtung ist bis 2030 gesichert. Den Zuschlag erhielt Vattenfall mit einem festen Mischpreis von 11,48 Cent pro Kilowattstunde, mit 100 Prozent Ökostrom ohne Aufpreis. Gegenüber bisher steigen die Kosten um rund 9.000 Euro im Jahr. Die Ausschreibung erfolgte nach dem Verfahren, das der Gemeinderat im November 2025 beschlossen hatte. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Spielgeräte: neu bestellt statt umgezogen. Für den Außenbereich der Container-Kita St. Maria wurden vor wenigen Jahren Spielgeräte neu angeschafft, nach unseren Informationen für über 50.000 Euro. Michael Schnürer fragte für die CDU nach, was mit ihnen geschieht. Die Verwaltung erklärte zunächst, Abbau und Wiederaufbau seien zu riskant, deshalb habe man vorsichtshalber wieder neue Geräte für den Kita-Neubau bestellt. Auf Nachfrage räumte die Verwaltung dann jedoch ein, dass die bisherigen Spielgeräte doch wieder aufgebaut werden sollen, und zwar an anderer Stelle – das sei aber schwierig. Nach unserer Recherche handelt es sich um hochwertige Markenspielgeräte, die sich nach Einschätzung von Fachleuten gut ab- und wieder aufbauen lassen. Bei der aktuellen Haushaltslage ist eine solche Doppelanschaffung nicht akzeptabel. Wir bleiben dran und wollen wissen, was die neuen Geräte kosten und wann die alten wieder aufgebaut werden.

Außerdem

Integrationsbericht 2026: Dr. Abdou-Aziz Biaou vom Integrationsbüro stellte den Integrationsbericht vor. In Bad Schönborn haben 37 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund (Landkreis: 31 Prozent), der Anteil ist seit 2025 stabil. In der Anschlussunterbringung leben aktuell 69 Personen, für 2027 wird die Aufnahme von lediglich vier weiteren Personen erwartet. Bei der Integration in Arbeit steht Bad Schönborn gut da: Beim Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter liegt die Gemeinde auf Rang 5 von 32 Kommunen im Kreis. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

> **Unsere Position:** Wir schließen uns dem Fazit unseres Integrationsbeauftragten Herrn Dr. Biaou an: Arbeit und der Erwerb der deutschen Sprache sind die besten Integrationsmaßnahmen. Die Zahlen

> zeigen, dass die Verwaltung und das Team um Herrn Dr. Biaou eine wertvolle und erfolgreiche Arbeit leisten. Bad Schönborn ist hier auf einem guten Weg.

Fraktionsaustritt bei der SPD: Gemeinderätin Özlem Mirwald hat die SPD-Fraktion verlassen. Sie will künftig als fraktionslose Gemeinderätin im Gremium bleiben. Laut BNN begründet sie den Schritt mit unterschiedlichen Vorstellungen von der Zusammenarbeit. Das ist insofern bemerkenswert, als in den vergangenen Sitzungen inhaltlich keine größeren Differenzen zwischen Frau Mirwald und der SPD-Fraktionsspitze zu erkennen waren. Wie dem Presseartikel weiter zu entnehmen war, hatte die SPD-Fraktion wohl angenommen, dass Frau Mirwald ihren über die Liste erlangten Sitz freigibt, damit eine nachplatzierte SPD-Kandidatin nachrücken kann. Dem kommt Frau Mirwald offensichtlich nicht nach.

Bürgerfragen und Bekanntgaben

Erschließung Waldparkstraße: Eine Anwohnerin aus der Waldparkstraße fragte erneut nach dem Stand der Erschließungsarbeiten. Bürgermeister Huge berichtete zunächst über die Herstellung des Abwasserkanals durch die Gemeinde hin zur Falltorstraße. Weiter verwies er wie bereits in zahlreichen vorherigen Sitzungen auf den Investor, der die Häuser auf seinem Grundstück nun anzuschließen habe. Alle notwendigen Daten und Unterlagen habe die Verwaltung geliefert.

Sanierung der B3: Die Sanierung der B3 ist auf das Frühjahr verschoben. Grund sind Materialengpässe.

Parkplätze am Hermes: Anwohner befürchten, dass die Parkplätze vor dem Hermes wegfallen. Laut Verwaltung gibt es dafür keine Planung – abgesehen vom Weihnachtsmarkt.

Garage für die DLRG: Michael Schnürer fragte nach dem Sachstand der bereits lange diskutierten Garage für das Einsatzfahrzeug der DLRG. Ein örtlicher Handwerker soll dafür nun ein Angebot erstellen.

Alle Entscheidungen auf einen Blick

TOP	Thema	Beschluss	Ergebnis	Finanzielle Auswirkung
2	Waldwirtschaftsplan 2027	zugestimmt	21 : 0 : 0	Defizit Waldhaushalt ca. 30.000 €
3	Integrationsbericht 2026	Kenntnisnahme	–	–
4	IT und Digitalisierung – Sachstand	Kenntnisnahme	–	–
5	Haushaltsplan 2027 – Einbringung	eingebracht	–	strukturelles Defizit ca. 3,9 Mio. €
6	Ersatzfahrzeug Carsharing Bahnhof Mingolsheim	abgelehnt	8 : 10 : 3	eingespart bis zu 24.260 € (Kaufpreis)
7	Schnellladesäule und Carsharing (SPD-Antrag) – Sachstand	Kenntnisnahme	–	–
8	Stromlieferung 2027–2030	Kenntnisnahme	–	ca. + 9.000 €/Jahr
9	Jahresabschluss 2025 Kurbetriebs GmbH	Weisung erteilt	21 : 0 : 0	Überschuss 71.000 €
10	Jahresabschluss 2025 Thermarium	Weisung erteilt	20 : 0 : 0 (1 befangen)	Verlust 857.000 €, weiter Zinsverzicht
11	Zuschuss Wellmobilpark	bewilligt (Vorbehalt Beihilferecht)	20 : 0 : 1	55.000 € außerplanmäßig
12	Antrag Grüne Liste – Schutz der Igel	Antrag abgelehnt	14 : 7 : 0	–

Ergebnis: Ja : Nein : Enthaltung · Finanzielle Auswirkung laut Vorlage bzw. Sitzung, bei Ablehnung der eingesparte Betrag

Hier aufgeführte Abstimmungsergebnisse ohne Gewähr – sie sind eigenem Mitschrieb aus der Sitzung entnommen. Die tatsächlichen amtlich dokumentierten Abstimmungsergebnisse können ggf. abweichen.